



## NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der „Ostmark“, 1938–1945

Ennstalwerke – Kaprun – Draukraftwerke –  
Ybbs-Persenbeug – Ernsthofen

Oliver Rathkolb · Florian Freund (Hg.)

*Mit Beiträgen von Christine Oertel, Markus Purkhart, Margit Reiter*

**böhlau**

Oliver Rathkolb · Florian Freund (Hg.)

# NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der »Ostmark« 1938–1945

Ennskraftwerke – Kaprun – Draukraftwerke –  
Ybbs-Persenbeug – Ernsthofen

Mit Beiträgen von  
Christine Oertel, Markus Purkhart und Margit Reiter

2., erweiterte Auflage



2014

Böhlau Verlag Wien · Köln · Weimar

Gedruckt mit der Unterstützung durch

**Verbund**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://portal.dnb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig.

© 2014, 2. erweiterte Auflage by Böhlau Verlag Ges. m. b. H. und Co. KG,  
Wien · Köln · Weimar; <http://www.boehlau-verlag.com>

Umschlagentwurf: Michael Haderer  
Druck und Bindung: Prime Rate kft., Budapest

Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlor- und säurefrei gebleichtem Papier.  
Printed in the EU

ISBN 978-3-205-79571-1

# Inhalt

EINLEITUNG DER HERAUSGEBER .....	VII
<i>Florian Freund</i>	
ELEKTRIZITÄTSWIRTSCHAFT IN ÖSTERREICH UND DER KRIEG .....	1
NS-ARBEITSKRÄFTEPOLITIK IN DER »OSTMARK« .....	8
ZWANGSARBEIT BEIM BAU DER ENNSKRAFTWERKE .....	27
<i>Margit Reiter</i>	
DAS TAUERNKRAFTWERK KAPRUN .....	127
<i>Markus Purkhart</i>	
DIE DRAUKRAFTWERKE .....	199
<i>Christine Oertel</i>	
DAS UMSpannWERK ERNSTHOFEN .....	231
<i>Christine Oertel</i>	
DAS DONAUKRAFTWERK YBBS-PERSENBEUG .....	253
<i>Oliver Rathkolb</i>	
MYTHOS WASSERKRAFT 1938–1945 UND DANACH: AM BEISPIEL DES KRAFTWERKBAUS YBBS-PERSENBEUG UND DER NACHKRIEGSELEKTRIZITÄTSWIRTSCHAFT IN ÖSTERREICH .....	273
PERSONENREGISTER .....	291

# Einleitung

Auslöser für das Forschungs- und Buchprojekt waren der mediale, öffentliche, politische und rechtliche Diskurs über Entschädigung für Zwangsarbeit und bisher nicht kompensierte materielle Vermögensverluste während der NS-Zeit seit 1995 und „Sammelklagen“ auf Entschädigung in den USA gegen eine Reihe von österreichischen Unternehmen – so auch gegen VERBUND. Dass sowohl auf zentraler Managementebene, aber auch im medialen und öffentlichen Diskurs relativ rasch das Interesse an umfassender historischer Aufarbeitung ohne „Wenn und Aber“ gerade in Österreich stieg, hing mit grundlegenden Änderungen im kollektiven Gedächtnis europäischer und US-amerikanischer Gesellschaften seit den späten 1970er und vor allem seit den 1980er Jahren zusammen. Erstmals seit den unmittelbaren Nachkriegsjahren wurden in Zusammenhang mit Rezeption und Auseinandersetzung über den Holocaust die materiellen Folgen der NS-Exploitationspolitik thematisiert. Während in der Bundesrepublik Deutschland in den „neuen“ Bundesländern nach dem Ende des kalten Krieges wieder Restitutionsverfahren begannen, die in der kommunistischen DDR nicht durchgeführt worden waren, löste erst 1995 die Auseinandersetzung um „schlafende Konten“ von NS-Opfern und deren ErbenInnen in Schweizer Banken eine globale Diskussion über den Nachkriegsumgang mit NS-Raub und materiellen Entziehungen 1933–1945 aus.

Dies betraf aber auch das Thema Zwangsarbeit, das kurz während der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse auch juristisch geahndet worden war, jedoch ohne Entschädigungsansprüche für die Millionen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, die überdies durch den Eisernen Vorhang lange aus dem kollektiven Gedächtnis Westeuropas ausgeblendet blieben und in vielen ihrer Heimatländer, vor allem in der Sowjetunion, überdies als potenzielle Kollaborateure gesellschaftlich und in zahlreichen Fällen auch politisch-juristisch geächtet wurden. Diese Mauer des Verdrängens bröckelte nach 1989 langsam ab, wobei die juristischen Klagen von US-Anwälten, die ursprünglich auf KZ-Arbeit vor allem jüdischer Häftlinge abzielten, eine wesentliche Rolle spielten.

Holocaust Era Assets Debatten und NS-Zwangsarbeit der 1990er Jahre sind – was häufig übersehen wird – Teil einer globalen intensiveren Auseinandersetzung mit der Aufrechterhaltung der Menschenrechte, der Bestrafung von Menschenrechtsverletzungen, aber auch mit den Fragen nach Entschädigung und Restitution von Vermögensverlusten als Folge von Menschenrechtsverletzungen.

Während es in der Bundesrepublik Deutschland sowohl auf wissenschaftlicher als auch politischer Ebene eine Auseinandersetzung mit dem Thema Zwangsarbeit und Entschä-

digung bereits seit den 1980er Jahren gegeben hat – ohne realpolitische Folgen – war dieses Thema in Österreich bis 1995/96 wenigen Experten wie Florian Freund und Bertrand Perz vorbehalten und erhielt in der österreichischen Innenpolitik vorerst nur bei den Grünen verhaltene Resonanz.

Am 28. September 1998 und noch vor Etablierung der HistorikerInnenkommission der Republik Österreich fanden auf Initiative Dipl.-Ing. Hans Haiders, des Sprechers des Vorstandes von VERBUND, der damaligen Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft, Gespräche mit Oliver Rathkolb statt, um zum Thema Zwangsarbeit in der NS-Zeit bei Kraftwerksbauten im Eigentum von VERBUND eine umfassende historische Arbeit zu entwickeln. Gemeinsam mit Florian Freund entwickelte Oliver Rathkolb einen Projektvorschlag, der auf eine umfassende und stringent wissenschaftliche, d.h. auch völlig unbeeinflusste Bestandsaufnahme und Analyse dieses Themenbereichs abzielte. Bereits am 23. November 1998 wurde das Projektdesign und dessen Finanzierung durch VERBUND genehmigt und 1999–2001 recherchierte ein Team von HistorikerInnen in allen zugänglichen in- und ausländischen Archiven nach relevanten Materialien und legten sie auf der Basis der österreichischen Krankenkassenunterlagen auch eine Datenbank der bei den einzelnen Kraftwerkbaustellen beschäftigten zivilen ausländischen Arbeitskräfte, aber auch der eingesetzten KZ-Häftlinge und soweit möglich auch der Kriegsgefangenen, an.

Wichtig war es den beiden Projektleitern und den wissenschaftlichen ProjektmitarbeiterInnen Edith Leisch-Prost (sie arbeitete in der Anfangsphase mit), Markus Purkhart, Christine Oertel und Margit Reiter, dass die wissenschaftliche Arbeit nicht nur im verschlossenen „Elfenbeinturm“ der Wissenschaft stattfand, sondern, dass Projektziele und auch erste Ergebnisse sowohl im Unternehmen (auf Vorstands-, Management- und MitarbeiterInnenebene) kommuniziert wurden als auch im Internet transparent gemacht wurden. Bei mehreren Diskussionsveranstaltungen mit UnternehmensmitarbeiterInnen an den Standorten des jeweiligen Kraftwerksmanagements in Wien und in den Bundesländern wurden die Themen Zwangsarbeit und Firmengeschichte diskutiert sowie die Informationslage bei VERBUND betreffend Archivalien und Zeitzeugen erhoben.

Nicht alle Unternehmen reagierten wie VERBUND, Steyr (Magna) zum Beispiel suchte keine öffentliche Auseinandersetzung, Böhler-Uddeholm eine interne wissenschaftliche, die noch nicht publiziert wurde. Nur die Voest Alpine in Linz forcierte eine ähnliche Vorgangsweise, auch um die Selbstreflexion über die Unternehmensgeschichte neu zu positionieren und auf aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen aufzubauen.

Das Thema an sich – Zwangsarbeit bei Kraftwerksbauten in der NS-Zeit – war nicht neu. So hatte beispielsweise der Journalist Clemens M. Hutter 1994 in seinem Buch „Kaprun.

Geschichte eines Erfolges“, durchaus die Härten und Brutalität der NS-Zwangsarbeit bereits thematisiert. Auch gab es eine Reihe von Regionalstudien, wo Einzelarbeiten zum NS-Zwangsarbeitereinsatz auftauchten. Insgesamt gesehen war aber dieses Thema nicht wirklich im historischen Gedächtnis des Unternehmens beziehungsweise in dessen Umfeld präsent.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland fehlen bis heute trotz der Fülle der Regionalstudien und Überblicksarbeiten seit Ulrich Herberts Pionierwerk „Fremdarbeiter. Politik und Praxis des ‚Ausländer-Einsatzes‘ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Berlin, Bonn 1985. 3. Auflage 1999“, wissenschaftliche Arbeiten über die spezifische Situation der ZwangsarbeiterInnen auf Kraftwerksbaustellen.

Um einen Gesamtüberblick zu geben, kann auf die Arbeiten Mark Spoerers verwiesen werden, die für Österreich die zahlenmäßige Entwicklung der eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte (inklusive KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene) errechnet hat: So sind auf dem Gebiet des heutigen Österreich zwischen 1939 und 1945 insgesamt 757.000 ausländische ZivilarbeiterInnen eingesetzt worden, unter ihnen seit 1939/1940 zunehmend hohe Anteile von zwangsrekrutierten Arbeitskräften – vor allem aus Polen, der Sowjetunion, und dem „Protektorat Böhmen und Mähren“. Weiters rund 150.000 Kriegsgefangene und 85.900 KZ-Häftlinge und ungarische Juden und Jüdinnen.

Im Zentrum der Forschungsarbeiten stand auch eine exaktere Definition von NS-Zwangsarbeit aus den empirischen Erfahrungen mit der Situation an den einzelnen Kraftwerksbaustellen, sowie ein präziserer Überblick betreffend den Umfang des Einsatzes von Zwangsarbeitern und ausländischen Arbeitskräften sowie von KZ-Häftlingen. Genauere Informationen über den Zwangsarbeitereinsatz gab es vor Projektbeginn nur für Kaprun. Besonders vage waren die Dokumentationen und Erinnerungen über die Baustelle Ybbs-Persenbeug, etwas mehr war zu den Draukraftwerken bekannt – jedoch ohne präzise Informationen über das tatsächliche Ausmaß des Zwangsarbeitereinsatzes oder Angaben über die Nationalität beziehungsweise ethnische Zugehörigkeit der Arbeitskräfte. Hinsichtlich der vier Ennskraftwerke Großraming, Ternberg, Staning und Mühlrading war vor allem im Zuge der Dokumentation der Ennskraft „Gedenkfeier 50 Jahre Befreiung Österreichs vom Nationalsozialismus“ 1995 der Einsatz von KZ-Häftlingen aus Mauthausen thematisiert worden. Aber auch damals waren kaum tiefergehende Informationen und Details, Informationen und Bewertungen verfügbar.

Die Archivrecherchen wurden, ausgehend von den Restüberlieferungen an den einzelnen Kraftwerkstandorten, dann auch auf die staatlichen Archive in Österreich, Deutschland, Russland und den USA ausgedehnt. Sehr bald zeigte sich aber, dass zwar die technische, administrative und politische Überbaudokumentation relativ dicht war, die



Rekonstruktion der Arbeits- und Alltagsebene auf den einzelnen Baustellen erwies sich aber als extrem schwierig aufgrund der höchst fragmentarischen Archivmaterialien, die erhalten geblieben sind. Dazu kommt, dass die Arbeitskräfte von den jeweiligen Baufirmen angestellt wurden – mit Ausnahme der KZ-Häftlinge, die als rechtlose „Sklavenarbeiter“ der SS unterstanden und de facto Leiharbeiter waren –, es aber kaum mehr entsprechende Personalunterlagen (inklusive Krankenblätter, Strafakten etc.) gab. Auch die intensive Recherche auf Landes-, Bezirks- und Gemeindeebene sowie in Pfarrarchiven hat nur in wenigen Fällen (so vor allem in Kaprun) Erfolg gehabt.

Trotzdem es ist gelungen, aufgrund des Quellenmixes sowie den einzelnen Gebietskrankenkassenunterlagen, die jedoch nur nach Baufirmen geordnet zugänglich waren, den quantitativen Rahmen des Einsatzes von ausländischen Arbeitskräften, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen zu eruieren.

Im Zuge der Arbeiten und Analysen wurde auch die durch extreme Hierarchisierung und unterschiedliche arbeitsrechtliche und praktische „Behandlung“ von ausländischen Arbeitern geprägte Arbeitssituation rekonstruiert, um die entsprechenden Unterschiede zwischen jenen Arbeitern, die deutschen Arbeitskräften de jure gleichgestellt waren, jenen, die bereits benachteiligt waren sowie den bereits stigmatisierten und ausgegrenzten Gruppen von Polen und „Ostarbeitern“ (aus der Sowjetunion verschleppte Personen), sowie den „Less than slaves“, den entrechteten Sklavenarbeitern aus den Konzentrationslagern.

Mark Spoerer hat ein Modell entwickelt, das die allgemeine, auf den Studien Ulrich Herberts basierende Definition von Zwangsarbeit erweitert. Herbert<sup>1</sup> spricht von Zwangsarbeit, wenn 1. außerökonomischer Zwang ausschlaggebend dafür war, dass eine Person arbeitet, unabhängig von Profession und Tauglichkeit und alleine abhängig von der nationalen oder religiösen Herkunft und/oder 2. dann, wenn diskriminierende arbeitsrechtliche Sonderbedingungen geschaffen wurden, die die Menschen bei Strafe zu Arbeit zwangen.

Spoerer hat auf der Basis der Arbeiten des Soziologen Albert Hirschmann über Hierarchien in Unternehmen, Organisationen und Staaten<sup>2</sup> ein Exit and Voice-System entwickelt, um die unterschiedlichen Lebens- und Überlebensebenen auch in einen

---

1 Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Berlin 1985, S. 17. Siehe dazu auch die Definition bei: Freund / Perz, *Zahlenentwicklung*, S. 3 f.

2 Albert O. Hirschmann, *Exit, Voice and Loyalty: Responses in Decline in Firms, Organizations and States*, Cambridge (Harvard) 1970.

theoretischen Rahmen zu fassen. Eine Kategorie zur Unterscheidung war die Möglichkeit, das Deutsche Reich nach Ende des Arbeitsvertrages und nach Kündigung zu verlassen („exit“). Ein weiteres Kriterium basiert auf der Möglichkeit, sich gegen die Arbeitssituation zu wehren und Kritik zu artikulieren, die dann auch registriert wurde und zu Änderungen führte („voice“).

Zivile, Arbeitskräfte	Privilegiert, exit, voice	Zwangsarbeiter kein exit, aber voice	Sklavenarbeiter weder exit noch voice	Ethnisch stigmatisiert	Less than Slaves
Kroaten	X				
Italiener	X		X (ab Juli 1943)		
Slowaken	X	X (ab Aufstand 1944)			
Balten		X			
Belgier		X			
Tschechen		X		X	
Niederländer		X			
Franzosen		X			
Serben		X			
Polen			X	X	
Sowjets			X	X	
<b>Kriegsgefangene</b>					
Franzosen		X			
Serben		X			
Briten / USA		X			
Italiener			X		
Polen			X	X	X
Sowjets				X	X
<b>Häftlinge</b>					
KZ-Häftlinge					X
„Arbeitsjuden“				X	X
Arbeitserziehungslager					X
Justizhäftlinge			X		

Das Modell von Spoerer wurde um eine Dimension erweitert, nämlich die ethnische, da das NS-Regime Angehörigen der slawischen Ethnizität mit zunehmendem Rassismus begegnete, was vor allem nach dem Kriegsende zu weiteren Entrechtungen und Verfolgungen geführt hätte. In diesem Sinne wurden „Westarbeiter“ wie Niederländer oder Belgier und Franzosen in der rassistischen Hierarchisierung deutlich höher eingestuft, ein Faktum, das bei Konflikten (zum Beispiel bei Strafen) eine wichtige Rolle spielen sollte. Eine weitere Änderung gegenüber Spoerer betrifft Slowaken, die zumindest formal nach dem Aufstand gegen das Tiso-Regime ebenfalls „zurückgestuft“ werden konnten.

Besonderes Augenmerk wurden im Projekt auf die Analyse von Überlebenschancen und die Todesfälle von ausländischen Arbeitskräften, Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen gelegt, wobei die Einzelstudien insgesamt das Modell Spoerers bestätigten, mit extrem hohen Todesraten bei KZ-Häftlingen, aber auch „Ostarbeitern“. Nur ansatzweise konnte das Schicksal von Kriegsgefangenen rekonstruiert werden, doch auch hier wiederholte sich das ethnisch-rassistische Ranking des NS-Regimes mit extremer Ausbeutung sowjetischer Kriegsgefangener, was sich am Falle Kaprun dokumentieren lässt.

In diesem Projekt wurde darauf verzichtet, eine nationalökonomische Gesamtrechnung zur materiellen Bewertung der Arbeit der ausländischen Arbeitskräfte, Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge, und Kriegsgefangenen anzustellen. In den Einzelstudien wird aber deutlich, dass diese Arbeitsleistungen wesentlich zum Ausbau der Kraftwerke in Österreich beigetragen haben und auf deren Basis im ersten Jahrzehnt nach der Befreiung 1945 die großteils unvollständigen Projekte fertiggestellt werden konnten (so wurden beispielsweise in Kaprun 1938–1945 ein Drittel der Gesamtbauinvestitionen getätigt).

Die aktuelle Debatte – zuletzt von Cornelia Rauh-Kühne in der Historischen Zeitschrift wieder angezogen<sup>3</sup> – über die durch Krieg und hohen Zusatzaufwand für Arbeitgeber bei Löhnen und Lohnnebenkosten reduzierten »Gewinne« und die geringere Produktivität von ZwangsarbeiterInnen geht an den Nachkriegsrealitäten vorbei. Das deutsche, österreichische und japanische „Wunder“ basiert unter anderem auch auf dem während des Zweiten Weltkrieges geschaffenen Kapitalvermögen und massiver staatlicher Förderung der Großunternehmen (in Deutschland mit wesentlich mehr Privatindustrie als in Österreich).

Ohne diesen Infrastrukturschub wäre die Elektrizitätswirtschaft in Österreich zumindest um 5–6 Jahre der europäischen Entwicklung nachgehinkt. Gewinne standen überdies keineswegs im Zentrum der politisierten Manager der NS-Zeit, sondern rasche Infra-

---

3 Cornelia Rauh-Kühne, Hitlers Hehler? Unternehmerprofile und Zwangsarbeiterlöhne, in: Historische Zeitschrift Heft 275/1–2002.4

strukturentwicklung mit klarem Rüstungszusammenhang – und dazu gehörte auch die Elektrizitätswirtschaft – stand im Zentrum der Überlegungen.

In diesem Sinne versteht sich dieses Buch auch als ein Versuch, die Erfolgsgeschichte des österreichischen wirtschaftlichen Aufbaus nach 1945 durch eine kritische Rückschau in die Rahmenbedingungen nationalsozialistischer Wirtschafts- und menschlicher Exploitationspolitik zu erweitern. Aus diesem Grund wurde auch 2003 gemeinsam mit dem Vorstand von VERBUND die Gedenktafel für die tödlich verunglückten Arbeiter, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen beim Tauernkraftwerk Kaprun neu textiert. Durch diese symbolische Geste soll die Arbeit des WissenschaftlerInnenteams öffentlich kontextualisiert werden.

Diese Geste dokumentiert überdies die perfekte Zusammenarbeit von VERBUND – sowohl mit dem damaligen Vorstand um Vorstandssprecher Dipl.-Kfm. Hans Haider als auch dem Projektkoordinator Dr. Alexander Gratzner und Dr. Martin Schmid.

Das Projektteam bedankt sich herzlich bei allen Beteiligten, die am Zustandekommen der Neuauflage dieses Werks mitgewirkt haben. Einerseits bei den Vorständen, die das Projekt und die Publikation erst ermöglicht haben. Andererseits bei allen Autoren und beteiligten Unternehmen, bei den Fotografen und Archivaren sowie bei allen Kolleginnen und Kollegen, die uns mit ihrem Wissen und ihrem Engagement unterstützt haben.

Besonderer Dank gilt Dr.<sup>in</sup> Ulrike Baumgartner-Gabitzer, Dr. Karl Heinz Gruber, Mag. Michael Amerer, Dr. Robert Kobau und Mag. Andreas Kuchler.

Wien, Dezember 2013

Die HerausgeberInnen

*Christine Oertel*

# Das Umspannwerk Ernsthofen

## EINLEITUNG

Es gab eine Reihe anderer Umspannwerke, die im besprochenen Zeitraum 1938–1945 bereits in Betrieb waren; die Beschäftigung mit dem Bau, dem Arbeitseinsatz ausländischer Arbeitskräfte und der Bedeutung des Umspannwerkes Ernsthofen steht hier exemplarisch für die Geschichte anderer Umspannwerke. Zweifelsohne aber war Ernsthofen aufgrund seiner geographischen Lage für die Elektrizitätswirtschaft von besonderer Bedeutung. Seine Wichtigkeit ermöglichte eine fortwährende Tätigkeit während der Kriegszeit, einen, von kriegsbedingten Einschränkungen abgesehen, kontinuierlichen Ausbau seiner Funktion als wichtige Schnittstelle. Waren die Kraftwerke wegen ihrer Energieerzeugung für die Produktivität der Industrie entscheidend, garantierten die Umspannwerke und das Freileitungsnetz die Verteilung der gewonnenen Energie. Die Erzeugung und Verteilung der notwendigen Energie an die Industriestandorte waren eine der Voraussetzungen, um die Kriegswirtschaft überhaupt zu ermöglichen.

Im Gegensatz zu anderen Standorten wurden die betriebseigenen Unterlagen in Ernsthofen über all die Jahre verwahrt. Das ermöglichte die Einsichtnahme in eine Vielzahl von Dokumenten, die Auskunft über geschäftliche Abwicklungen sowie Personal- und Betriebsangelegenheiten geben. Ein Glücksfall, denn solche »Alltagsdokumente« über Ernsthofen wären sonst nicht mehr auffindbar gewesen. Heute befinden sich die Unterlagen in Zwentendorf, wo ein Archiv geplant ist, das historische Unterlagen des Verbundes beherbergen soll.

## PLANUNG UND BEDEUTUNG

Bereits seit Ende des Ersten Weltkrieges bestand der Gedanke, die Elektrizitätswirtschaften der europäischen Länder nach einem einheitlichen und übergeordneten Plan zu gestalten. Die ersten Schritte in dieser Richtung sind in den 20er Jahren mit der 220-kV-Verbindung vom Ruhrgebiet zur Schweiz und nach Vorarlberg verwirklicht worden.<sup>1</sup>

Die Nationalsozialisten erkannten bald die Notwendigkeit eines länderübergreifenden Zusammenschlusses. Mit der »Annexion« Österreichs 1938 trat diese Idee in eine

---

<sup>1</sup> Vgl. Vas, Oskar, Der Anteil Österreichs an der Elektrizitätswirtschaftlichen Gemeinschaftsplanung in Europa, Schriftenreihe des Österreichischen Wasserwirtschaftsverbandes, Heft 13, Wien 1948, S.3.

neue Phase. Der Aufbau einer Verbundwirtschaft innerhalb der »Ostmark« bedurfte einer Vereinheitlichung und eines Ausbaues des Hochspannungsleitungsnetzes. Das NS-Wirtschaftskonzept sah den Ausbau eines überregionalen Kilovolt-Netzes vor, wobei er den vorhandenen und geplanten industriellen Standorten unterworfen wurde, dessen Schwerpunkte in Oberösterreich, der oberen Steiermark und Wien lagen. Aus rüstungspolitischen Erwägungen wurde der Ausbau des Leitungsnetzes schon vor Kriegsbeginn forciert, wobei ein Anschluss an die großdeutsche Nord-Süd-Energieachse das Ziel war. Um den erwarteten ungedeckten Mehrbedarf an Energie decken zu können, wurde von der NS-Führung die Errichtung einer Leitung von Nürnberg über St. Peter bei Braunau bis nach Ernsthofen geplant und der AEW erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt, um diesen Plan realisieren zu können.<sup>2</sup> Zudem sollte ein einheitliches Leitungsnetz die regionale Stromversorgung sichern.<sup>3</sup>

Ernsthofen war dabei die Zentralstelle des »ostmärkischen Verbundnetzes« und Schnittstelle eines im Bau befindlichen Netzes von Tirol bis Wien und Niederdonau bis in die Steiermark und Kärnten, das die vorhandenen und geplanten Kraftwerke mit einbezog.<sup>4</sup> Als wichtigste Leitungsnetze galten die Strecken zwischen den im Bau befindlichen Kraftwerken Kaprun, Schwabeck und Lavamünd zu den Umspannwerken Hesselberg, Bisamberg und Ernsthofen. Die Fernleitung Ernsthofen–Steyr–Altenmarkt–Hesselberg stellte die wichtige Energieverbindung Steiermark–Kärnten mit Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg dar. Die Fernleitung Gerlos–Kaprun wurde erst nach dem Krieg fertig gestellt.<sup>5</sup> Die Realisierung der einzelnen Teilstrecken hing von mehreren Faktoren ab. Einerseits wurden jene Strecken bevorzugt behandelt, die eine Stromversorgung großer rüstungswirtschaftlicher Betriebe gewährleisten, andererseits einen Anschluss an die Verbundnetze benachbarter Länder ermöglichen. Dieser ab 1942 projektierte Ausbau scheiterte aber vor allem am Arbeiter- und Materialmangel.<sup>6</sup>

2 Vgl. Guggenbichler, Silvia, Zausnig Josef, Für das Erinnern – gegen das Vergessen, Eine Spurensicherung, Rekonstruktion von Fremd-, »Zwangs«- und Kriegsgefangenenarbeit zwischen 1938 und 1945, am Beispiel von NS-Wirtschaftsprojekten, im »südlichsten Gau« des Deutschen Reiches, Dissertation, Klagenfurt 1999, S. 157–160, 164.

3 Vgl. Guggenbichler, Silvia, Zausnig Josef, Für das Erinnern – gegen das Vergessen, Eine Spurensicherung, Rekonstruktion von Fremd-, »Zwangs«- und Kriegsgefangenenarbeit zwischen 1938 und 1945, am Beispiel von NS-Wirtschaftsprojekten, im »südlichsten Gau« des Deutschen Reiches, Dissertation, Klagenfurt 1999, S. 170.

4 Vgl. Guggenbichler, Silvia, Zausnig Josef, Für das Erinnern – gegen das Vergessen, Eine Spurensicherung, Rekonstruktion von Fremd-, »Zwangs«- und Kriegsgefangenenarbeit zwischen 1938 und 1945, am Beispiel von NS-Wirtschaftsprojekten, im »südlichsten Gau« des Deutschen Reiches, Dissertation, Klagenfurt 1999, S. 170.

5 Vgl. Brief an das Verkehrsamt der Oberösterreichischen Landesregierung, Linz, von der Betriebsleitung Ernsthofen, vom 5.9.1946, betreffend Kraftfahrzeuge, in: Sammlung ohne Titel, Ernsthofen-Archiv.

6 Vgl. Guggenbichler, Silvia, Zausnig Josef, Für das Erinnern – gegen das Vergessen, Eine Spurensicherung, Rekonstruktion von Fremd-, »Zwangs«- und Kriegsgefangenenarbeit zwischen 1938 und 1945, am Beispiel

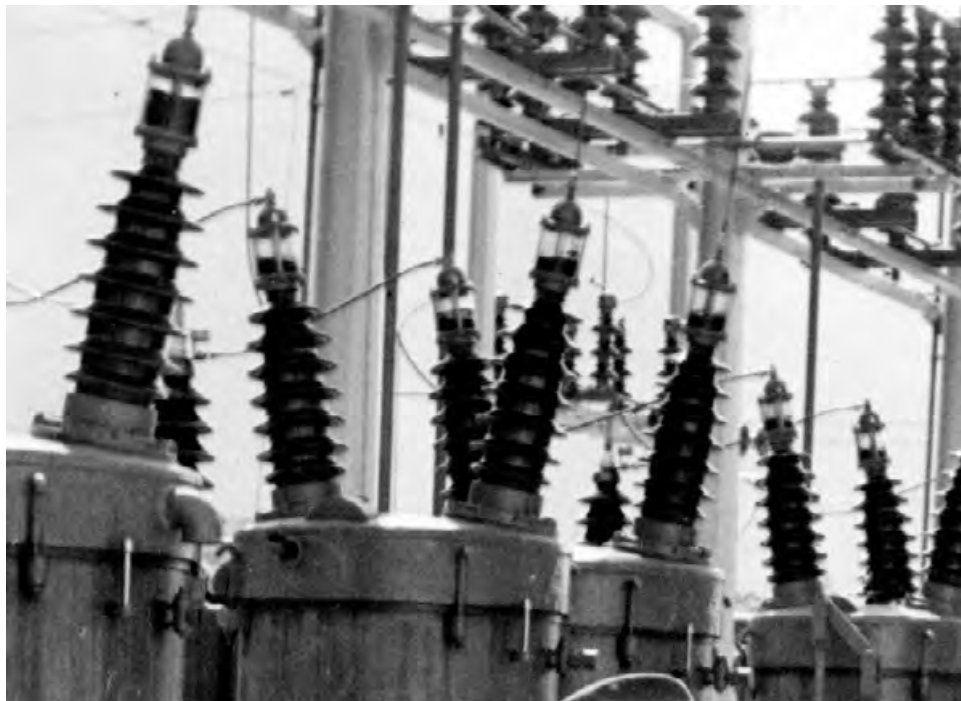


Abbildung 1: Das Umspannwerk Ernsthofen, seit 1941/42 ein zentraler »Elektrizitätsknoten« der Rüstungsindustrie.

Das Verbundnetz in der Ostmark bestand aus drei Haupttrouten. Die Ost-West-Verbindung reichte von den Nordtiroler Kraftwerksgruppen über Kaprun, Timelkam, Ernsthofen, Bisamberg nach Wien, die Nord-Süd-Verbindung von Wien über Ternitz, Graz, Schwabeck, Klagenfurt nach Villach. Zwischen diesen beiden Wegstrecken verband eine Leitung Linz über Ernsthofen, Hessenberg mit Schwabeck.<sup>7</sup>

---

von NS-Wirtschaftsprojekten, im »südlichsten Gau« des Deutschen Reiches, Dissertation, Klagenfurt 1999, S. 174.

<sup>7</sup> Vgl. Guggenbichler, Silvia, Zausnig Josef, Für das Erinnern – gegen das Vergessen, Eine Spurensicherung, Rekonstruktion von Fremd-, »Zwangs-« und Kriegsgefangenenarbeit zwischen 1938 und 1945, am Beispiel von NS-Wirtschaftsprojekten, im »südlichsten Gau« des Deutschen Reiches, Dissertation, Klagenfurt 1999, S. 178, 185/186.

## BAUGESCHICHTE

Das Umspannwerk ging im November 1941 in Betrieb mit dem Ziel, den Stromfluss zwischen der »Ostmark« und dem »Altreich« zu ermöglichen. Die Energie kam über Hochspannungsfernleitungen aus Deutschland, von den Kraftwerken Gosau, Offensee, Timelkam, Partenstein und anderen und wurde über Ernsthofen über Freileitungen u. a. an die kriegswichtigen Stellen wie Erzberg der Hütte Eisenerz und Donawitz, den Böhlerwerken in Karpfenberg, Felten & Guillaume, Zusatzlieferungen für Schöllern, den Kriegsindustrien bei St. Pölten und Wien verteilt. Auch die Stadt Wien wurde von Ernsthofen aus versorgt.<sup>8</sup> Mit der Fertigstellung war es der AEW gelungen, einen geregelten Verbundbetrieb in der Ostmark aufzubauen.<sup>9</sup> Zusätzlich zum Leitungsbau war das bereits vorhandene Fernleitungsnetz zu kontrollieren und instand zu halten, welches kaum ein halbes Jahr nach der Inbetriebnahme Ernsthofens, im Sommer 1942, an die 180 km betrug.<sup>10</sup>

Die Bedeutung des Umspannwerkes Ernsthofen für die Kriegswirtschaft lässt sich daran erkennen, dass Ernsthofen als besonders kriegswichtiger Betrieb vom zuständigen Kommando des Rüstungsbereiches Mödling anerkannt wurde.<sup>11</sup> Ernsthofen galt somit als Rüstungsversorgungsbetrieb.<sup>12</sup> Diese Klassifizierung als kriegswichtiger Betrieb bedeutete eine Sonderstellung im Wirtschaftsgefüge und erlaubte eine bevorzugte Behandlung, wenn es um Materiallieferungen und Zuweisung von Arbeitskräften ging.

Aus finanziellen und organisatorischen Gründen gab es Abkommen mit einigen Rüstungsbetrieben, um erforderliche Fernleitungen gemeinschaftlich zu errichten und zu besitzen. Eines dieser Projekte betraf die Leitung vom Umspannwerk Wegscheid zur Hütte Linz der Hermann-Göring-Werke nach Ernsthofen. Ein weiteres Abkommen deckte die Strecke Ernsthofen–Donawitz–Bruck a. d. Mur ab.<sup>13</sup>

8 Vgl. Brief an die NSDAP-DAF, Kreisleitung Amstetten von der Betriebsleitung Ernsthofen, vom 20.8.1942, in: Ordner Lebensmittelkarten 1943–46, Ernsthofen-Archiv.

9 Vgl. Guggenbichler, Silvia, Zausnig Josef, Für das Erinnern – gegen das Vergessen, Eine Spurensicherung, Rekonstruktion von Fremd-, »Zwangs-« und Kriegsgefangenenarbeit zwischen 1938 und 1945, am Beispiel von NS-Wirtschaftsprojekten, im »südlichsten Gau« des Deutschen Reiches, Dissertation, Klagenfurt 1999, S. 172, 180.

10 Vgl. Brief an die NSDAP-DAF, Kreisleitung Amstetten von der Betriebsleitung Ernsthofen, vom 20.8.1942, in: Ordner Lebensmittelkarten 1943–46, Ernsthofen-Archiv.

11 Vgl. Brief an Ernsthofen von der AEW-Wien betreffend Dringlichkeitsbescheinigung, vom 13.2.1942, in: Ordner ein- und ausgehende Post 1942, Ernsthofen-Archiv.

12 Vgl. Brief von der Betriebsleitung Ernsthofen an das Wirtschaftsamt Eisenerz, 23.10.1942, in: Ernsthofen-Archiv, Ordner: Ein- und ausgehende Post 1942.

13 Vgl. Brief der AEW an den Leiter der Reichsgruppe Energiewirtschaft in Berlin, vom 18.7.1939, in: Mappe 10A »Bauanzeigen nach § 4, Leitungen, AEW-Archiv Wien.



Getätigt wurde der Leitungsbau in Zusammenarbeit mit diversen Baufirmen, so u. a. mit der AEG Union-Elektrizitätsgesellschaft, Brown-Boveri & Co. AG, Elin AG, Siemens-Schuckertwerke AG und der Starkstromanlagen AG Berlin.<sup>14</sup>

Teile des Leitungsnetzes lagen in schwierigem Gelände, so befand sich allein ein Stück der Ennsleitung, welche über Steyr, Losenstein, Kastenreith, Hieflau und Eisenerz über den Präbichl nach Bruck a. d. Mur ging, in 1200 m Seehöhe. Die eingesetzten Männer mussten die bis zu 40 m hohen Maste besteigen und auf Witterungsschäden hin überprüfen. Daneben kam es zu wetterbedingten Störungen, die eine sofortige Schadensbehebung erforderten, um eine reibungslose Stromlieferung an die Firmen zu gewährleisten. Diese Arbeiten erfolgten neben den normalen Kontrollarbeiten, was bedeutete, dass die Arbeiter mehr als die normalen Tagesarbeitsstunden eingesetzt waren<sup>15</sup> und manchmal noch zusätzlich in der Nacht arbeiten mussten, um die Energieversorgung an die Industrie nicht zu unterbrechen.<sup>16</sup> Im Herbst 1942 lehnte die Bauleitung die Garantie eines weiteren reibungslosen Arbeitsablaufes ab, da die eingesetzten Arbeiter – in diesem Fall Ostarbeiter und Griechen – über ungenügende Kleidung und Schuhwerk verfügten. So waren die Männer gezwungen, mit »zerfetzten und zerrissenen Halbschuhen, welche mit Lumpen umwickelt sind«, die schwere Gebirgsarbeit zu verrichten. Krankheiten und Arbeitsausfälle waren die Folge. Ansuchen an das Wirtschaftsamt Eisenerz um Bezugsscheine für Arbeitskleidung waren ergebnislos geblieben. Die Arbeiter weigerten sich, weiter unter solchen Bedingungen zu arbeiten, und auch das Arbeitsamt drohte, die Männer abzuziehen.<sup>17</sup> Ein österreichischer Arbeiter wurde entlassen, weil er u. a. eigenmächtig die Arbeiten an einem Teilstück aufgrund hohen Schneefalls unterbrochen hatte. Die AEW Wien sah diesen Schritt als übereilt an mit der Begründung, dass in Gebirgsgegenden mit winterlichen Verhältnissen zu rechnen sei und Montgearbeiten nicht deswegen eingestellt werden sollten.<sup>18</sup> Im Juli 1943 wurde Franz U., ein anderer inländischer Arbeiter, entlassen. Als Gründe wurden neben ungenügender Arbeitsleistung vor allem sein zu freundschaftlicher Umgang mit den ausländischen Arbeitern angegeben. Auch bei seiner nachfolgenden Arbeitsstätte bei der Elin in Amstetten fiel er diesbezüglich auf.<sup>19</sup> Dieser

14 Vgl. div. Korrespondenz und Schlussbriefe in: Mappe 80 »Alpenwerke Schlußbriefe & Verträge, 100 kv-Leitung Hütte Linz Bruck a. d. Mur Donawitz«, AEW-Archiv Wien.

15 Vgl. Brief an die NSDAP-DAF, Kreisleitung Amstetten von der Betriebsleitung Ernsthofen, vom 20.8.1942, in: Ordner Lebensmittelkarten 1943–46, Ernsthofen-Archiv.

16 Vgl. Ansuchen an das Luftgaukommando Wien von Ernsthofen, betreffend Verdunkelungserleichterung, vom 11.11.1942, in: Ordner Ein- und ausgehende Post 1942, Ernsthofen-Archiv.

17 Vgl. Brief von der Betriebsleitung Ernsthofen an das Wirtschaftsamt Eisenerz, 23.10.1942, in: Ernsthofen-Archiv, Ordner: Ein- und ausgehende Post 1942.

18 Vgl. Brief an die Fa. Louis Eilers, Fabrik für Eisenhoch- u. Brückenbau, Hannover, von der AEW Wien, vom 16.2.1944, in: Ordner Allgemeine Betriebsangelegenheiten 1942–44, Ernsthofen-Archiv.

19 Vgl. Brief an das Arbeitsamt Nebenstelle St. Valentin von der Betriebsleitung Ernsthofen, vom 9.7.1943, in: Ordner Briefwechsel mit Arbeitsämtern 1943–47, Ernsthofen-Archiv.

Hinweis zeigt die Willkür, der die Arbeiter ausgesetzt waren, die Betriebsleitung ihrerseits stand unter dem Druck der Zentrale in Wien. Die Arbeiten mussten schnellstmöglich erledigt werden, der allgemeine Arbeitskräftemangel wurde immer spürbarer, nicht zuletzt daran, dass schlecht qualifizierte junge Männer vom Arbeitsamt zugewiesen wurden. Die ausländischen Arbeiter galten nicht als Kollegen oder Mitarbeiter, viele wurden häufig anderen Arbeitsplätzen zugewiesen, wechselten also ihren Standort mehrmals, was mit dazu beitrug, gruppenspezifische Entwicklungen zu verhindern. Beim Freileitungsbau waren die Aufsichtspersonen, diejenigen, welche die Arbeiten überwachten, Inländer, während die Arbeiter, die Befehlsempfänger, mehrheitlich Ausländer waren. Die Hierarchie war streng geregelt, kollegiales Zusammengehörigkeitsgefühl mag vereinzelt vorgekommen sein, standen die Arbeiter doch Seite an Seite bei schweren Arbeiten – gerne gesehen war es aber nicht, im Gegenteil, allzu freundschaftlicher Umgang wurde unter Strafe gestellt. Nicht selten erfuhren die Behörden nur deshalb davon, weil diese »Unangepassten« denunziert worden waren. Ihr Bestrafung sollte helfen, die Rangordnung zu erhalten. Nicht nur, dass Solidarität zwischen In- und Ausländern der nationalsozialistischen Ideologie widersprochen hätte, befürchteten die NS-Machthaber, dass eine ideologische Aufweichung ihre Politik des Arbeitseinsatzes in Frage gestellt hätte.

Neben der Errichtung der Leitungszüge zählten Reparaturarbeiten, die infolge von Bombenschäden entstanden waren, zu den Arbeitsaufgaben der Arbeitertrupps. Die Routearbeiten bestanden aus Erd- und Betonarbeiten, Mastanstrichen, schweren Mast- und Maschinenmontagen, Transportarbeiten, Leitungsbegehungen und dergleichen.

Die Arbeiter der Störtrupps hatten ein Anrecht auf Sonderzulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter. Alle Lebensmittel-Wochenkarten sowie Raucherkarten mussten vom Ernährungsamt Amstetten angefordert werden.<sup>20</sup> Über Gewährungen von Sonderzulagen an Schwer- und Schwerstarbeiter entschied das Gewerbeaufsichtsamt St. Pölten, aufgrund genauer Namens- und Nationalitätenlisten.<sup>21</sup>

Die »Normalarbeit« am Leitungsbau war zweifellos Schwerarbeit und eine ausreichende Ernährung arbeits- und lebensnotwendig. Umso notwendiger waren Extrarationen für jene Störtrupps, die bei den Katastropheneinsätzen eingesetzt waren. Aus einem Brief an den Landrat des Kreises Amstetten vom August 1944 geht hervor, wie die Extraverpflegung jener Männer aussah. So sollte jeder Arbeiter, der an diesem als »Katastropheneinsatz« bezeichneten Dienst teilnahm, pro Tag 150 g Brot, 15 g Butter, 30 g Fleisch sowie 5 l entrahmter Frischmilch pro Tag bekommen.<sup>22</sup> Besonders die Zuteilung an

20 Vgl. Anforderungsbriefe an das Ernährungsamt Amstetten von der Betriebsleitung Ernsthofen, in: Ordner Lebensmittelkarten 1943–46, Ernsthofen-Archiv.

21 Vgl. Anforderungsbriefe an das Gewerbeaufsichtsamt St. Pölten von der Betriebsleitung Ernsthofen, in: Ordner Lebensmittelkarten 1943–46, Ernsthofen-Archiv.

22 Vgl. Brief an den Landrat des Kreises Amstetten, Abt. Ernährungsamt B, von der Betriebsleitung Ernsthofen, vom 7.8.1944, in: Ordner Lebensmittelkarten 1934–46, Ernsthofen-Archiv.

Frischmilch ist auffällig. Aber die Arbeiter, die im Freileitungsbau beschäftigt waren und hier besonders beim Streichen von Masten, hatten mit giftigen, bleihaltigen Farben zu tun. Um Vergiftungserscheinungen vorzubeugen, bekamen die Arbeiter diese Milchrationen. Dass sie in 2 Wochen an die 187 Arbeitsstunden pro Person ableisten mussten, oft unter schwierigsten Wetterbedingungen bei jeder Jahreszeit, war keine Seltenheit. Die Genehmigung für Sonderzulagen erfolgte aber nicht immer reibungslos, wie aus mehreren Berichten an das zuständige Gewerbeaufsichtsamt zu entnehmen ist.<sup>23</sup> Nicht nur in Ernährungsfragen mussten Anfragen auf Bezugsscheine gestellt werden. Es wurde ebenso um Stroh Säcke und Kopfpölster angesucht<sup>24</sup> oder um Arbeitskleidung und Schuhwerk.<sup>25</sup>

Einige Beispiele dieser »Katastropheneinsätze« geben ein Bild über die Häufigkeit und lokale Konzentration der Bombenschäden. Ab Anfang 1944 kam es zu Störungen durch »Feindeinwirkung«, wie es damals hieß.<sup>26</sup> So wurde Anfang April 1944 die Leitung im Abschnitt Steyr zerstört. Bei den Instandsetzungsarbeiten wurden neben Arbeitern anderer Firmen 41 Mann von Ernsthofen eingesetzt.<sup>27</sup> Knapp 4 Monate später kam es zu Schäden bei der Leitung im Abschnitt Linz und an einer Leitung im Abschnitt Schiedelberg. 28–32 Mann waren an die 10 Tage beschäftigt.<sup>28</sup> Kurz vor Weihnachten 1944 wurde die Leitung Ernsthofen–Linz beim Bombardement auf Linz schwer beschädigt. Hier arbeiteten 25 Mann 30 Tage lang.<sup>29</sup>

Von den Katastropheneinsätzen abgesehen, erforderten auch übliche Reparaturen einen häufigen Einsatz. Am 23. 5. 1942 kam es z. B. auf der Leitung Ernsthofen–Hütte Linz durch das Reißen von Erdseilen zu einer Störung, kaum 2 Wochen später verursachte ein Gewitter eine Störung auf der Leitung Bruck.<sup>30</sup> Fast wöchentlich kam es zu Reparaturen der bestehenden Leitungen aufgrund ungenügender Wartung oder wetterbedingter Schäden.<sup>31</sup>

23 Vgl. Ansuchen um Schwerarbeiterkarten für Katastropheneinsatz an das Gewerbeaufsichtsamt St. Pölten von der Betriebsleitung Ernsthofen vom 28.4.1944, in: Ordner Lebensmittelkarten 1943–46, Ernsthofen-Archiv

24 Anforderungsbrief an den Landrat des Kreises Amstetten, Wirtschaftsamt, von der Betriebsleitung Ernsthofen, vom 17.4.1944, in: Ordner Lebensmittelkarten 1943–46, Ernsthofen-Archiv.

25 Vgl. Anforderungsbrief an die Fa. Neusiedler A.G. für Papierfabrikation in Weißenbach a. d. Enns, von der AEW, vom 15.6.1943, in: Ordner Allgemeine Betriebsangelegenheiten, Ernsthofen-Archiv.

26 Vgl. Wochenberichte Nr. 9+14+31+35+39+44+50+51/1944 sowie 9+11+12/1945, in: Ordner: Wochenberichte 1942–1949, Ernsthofen-Archiv.

27 Vgl. Anforderungsbriefe an den Landrat des Kreises Amstetten von der Betriebsleitung Ernsthofen, vom 25.4.1944, in: Ordner Lebensmittelkarten 1943–46, Ernsthofen-Archiv.

28 Anforderungsbriefe an den Landrat des Kreises Amstetten von der Betriebsleitung Ernsthofen, vom 7.8.1944, in: Ordner Lebensmittelkarten 1943–46, Ernsthofen-Archiv.

29 Anforderungsbriefe an den Landrat des Kreises Amstetten von der Betriebsleitung Ernsthofen, vom 18.12.1944, in: Ordner Lebensmittelkarten 1943–46, Ernsthofen-Archiv.

30 Vgl. Wochenberichte Nr. 4+8 1942, in: Ordner: Wochenberichte 1942–1949, Ernsthofen-Archiv.

31 Vgl. Wochenberichte Nr. 9+14+31+35+39+44+50+51/1944 sowie 9+11+12/1945, in: Ordner: Wochenberichte 1942–1949, Ernsthofen-Archiv.

In den Unterlagen von Ernsthofen werden immer wieder zwei Baustellen erwähnt. Die Leitung Bruck an der Mur–Linz und Ernsthofen–Eisenerz. Für die Leitungsbauarbeiten mussten immer wieder zusätzliche Arbeiter vom Arbeitsamt angefordert werden, da die wegen der Rauchgase und Witterung stark gefährdete Zone zwischen Eisenerz und Altenmarkt vermehrte Mastanstrich- und Ausbesserungsarbeiten an den Freileitungsmasten erforderte. Die Arbeiter aus Ernsthofen, die an der Baustelle Eisenerz eingesetzt waren, wurden in einem Lager in Eisenerz (»Eisenerz 65«) untergebracht, von wo aus sie täglich um 6 Uhr früh aufbrachen und bis zum Einbruch der Dunkelheit arbeiten mussten, was eine durchschnittliche Tagesarbeitszeit von 12 Stunden bedeutete. Erschwerend kam hinzu, dass die Zugsverbindung Hieflau–Eisenerz ungünstig war und so die Arbeiter erst nach 20 Uhr wieder im Lager ankamen. Vor allem Mastanstreicherarbeiten mit Bleiweißfarben, Erdarbeiten, Entrosten und Streichen der 30 m hohen Masten waren zu erledigen. Diese Arbeiten konnten nur auf dem Ausleger oder Diagonalen stehend oder im Sicherheitsgürtel hängend vorgenommen werden.<sup>32</sup>

### GESUNDHEITSSITUATION

Die im Leitungsbau beschriebenen Arbeitsbedingungen lassen erkennen, wie schwer und gefährlich diese Arbeiten waren. Wir wissen wenig über die Häufigkeit von Unfällen oder Krankenstände jener Männer, die zu diesen Arbeiten eingesetzt waren. Mehr Informationen gibt es über die Gesundheitssituation in Ernsthofen.

Über jeden Unfall musste eine Unfallanzeige ausgefüllt und an die Ortpolizeibehörde sowie an die für den Betrieb zuständige Sektion der Berufsgenossenschaft für Feinmechanik und Elektrotechnik geschickt werden. Seit 1942 musste eine Ausfertigung auch an das zuständige Gewerbeaufsichtsamt geschickt werden.<sup>33</sup> Über jeden Krankheitsfall wurde ein Krankenschein der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Niederdonau vom behandelnden Arzt ausgefüllt. Bis Mitte 1943 gab es für die Belegschaft Ernsthofens zweimal wöchentlich die Gelegenheit, den Gemeindefeldarzt von Haidershofen, Dr. Rothmayer, aufzusuchen, der seine Sprechstunden im Gemeindeamt Ernsthofen abhielt. Die Betriebsleitung verhandelte mit der AEW in Wien um die Genehmigung, Dr. Rothmayer als Betriebsarzt verpflichten zu dürfen, um die ärztliche Versorgung den Erfordernissen anpassen zu können und Arbeitsausfälle aufgrund der Arztbesuche und Wartezeiten zu reduzieren. Zu diesem Zwecke sollte der Arzt eine eigene Ordination am Werksgelände einrichten, die von den Werksbediensteten und deren Angehörigen ebenfalls zweimal

<sup>32</sup> Vgl. Ansuchen um Schwerarbeiterkarten an das Gewerbeaufsichtsamt Leoben/Steiermark von der Betriebsleitung Ernsthofen, vom 3.10.1942, in: Ordner Lebensmittelkarten 1943–46, Ernsthofen-Archiv.

<sup>33</sup> Vgl. Ankündigung an Ernsthofen von der AEW Wien, vom 15.6.1942, in: Ordner Ein- und ausgehende Post 1942, Ernsthofen-Archiv.

wöchentlich aufgesucht werden könnten. Die Betriebsleitung Ernsthofen argumentierte, dass häufig vom Arbeitsamt zugewiesene Arbeitskräfte den körperlichen Voraussetzungen nicht entsprechen würden und dass »... diese Sprechstunden [im Gemeindeamt, C. O.] natürlich sehr stark überlaufen [sind], was zur Folge hat, daß unsere Werksangehörigen, in erster Linie die Ausländer schon um die Gelegenheit sich von der Arbeit zu drücken zu benützen, oftmals den ganzen Vormittag vom Werk fernzubleiben ...«<sup>34</sup>. Außerdem wäre mit dem Arzt abgesprochen, der Werksleitung zur Seite zu stehen »... in den reichlichen Fällen von angeblichen Erkrankungen der Ausländer, die aber nur auf Arbeitsunlust zurückzuführen sind ...«<sup>35</sup>.

Dieser Brief, ein seltenes Dokument, welches sich mit den ausländischen Arbeitern befasst, vermittelt einen Eindruck über die Situation der erkrankten Arbeiter. Die vorhandenen Krankmeldungen zeigen die Art der Erkrankungen, Diagnosen und Krankenzustände, sagen aber nichts aus über den Umgang der Betriebsleitung mit den Betroffenen. Die Arbeiten waren schwer, wie uns die Berichte über die Arbeitssituation am Freileitungsbau zeigen, und der Arbeitsdruck blieb enorm. Die eingesetzten ausländischen Arbeiter waren in Ernsthofen, am Freileitungsbau oder an anderen Baustellen tätig. Sie wechselten ihren Einsatzort je nach Bedarf. Krankheits- oder unfallbedingte Arbeitsausfälle konnten zu Arbeitsbehinderungen führen, was die Betriebsleitung auf jeden Fall verhindern wollte. Wir wissen nicht, wieweit einzelne Arbeiter Arztbesuche dazu benutzten, um sich vor der Arbeit zu drücken. Betrachtet man das System, mit dem Krankheitsfälle erfasst wurden, scheint die Möglichkeit, sich aus Arbeitsunlust dem Arbeitseinsatz zu entziehen, äußerst gering. In diesem Brief ist mehreres zu erkennen. Die zugewiesenen Arbeiter entsprachen physisch oft nicht den Anforderungen, die Betriebsleitung aber stand unter dem Druck der Industrie, die einen störungsfreien Stromzufluss erwartete. Sie suchte daher Mittel und Wege, um diesem Dilemma zu entgehen. Mit dem Plan, den Arzt ins Werksgelände zu bringen, glaubte sie eine Lösung gefunden zu haben. Es ging der Werksführung nicht um eine bessere gesundheitliche Versorgung der Arbeiter, vorrangiges Ziel war die lückenlose Kontrolle derjenigen Arbeiter, die den störungsfreien Arbeitsablauf durch Krankheit gefährdeten. Das oben auszugsweise zitierte Schreiben zeigt deutlich die fehlende Sensibilität der Betriebsführung der Situation der ausländischen Arbeiter gegenüber und lässt das Klima erahnen, dem kranke ausländische Arbeiter ausgesetzt waren.

Bei Krankheit hatte die Belegschaft Anspruch auf Bezahlung eines Krankenentgeltes, allerdings nur in beschränktem Ausmaß. War ein Arbeiter öfter krank, so bekam er keine finanzielle Entschädigung. Auch das spricht gegen eine absichtliche Arbeitsverweigerung.

---

34 Vgl. Brief an die AEW Wien von der Betriebsleitung Ernsthofen vom 17.6.1943, betreffend den Betriebsarzt, in: Ordner Allgemeine Betriebsangelegenheiten 1942–44, Ernsthofen-Archiv.

35 Vgl. Brief an die AEW Wien von der Betriebsleitung Ernsthofen vom 17.6.1943, betreffend den Betriebsarzt, in: Ordner Allgemeine Betriebsangelegenheiten 1942–44, Ernsthofen-Archiv.

Einige Krankenfälle sind ausführlicher dokumentiert und lassen die physischen und psychischen Schwierigkeiten erkennen, denen die Arbeiter ausgesetzt waren.

Im August 1942 war der für Mastanstreicherarbeiten an der Freileitung Ernosthfen-Eisenerz eingesetzte Arbeiter Alexic P. mit bleihaltiger Farbe in Berührung gekommen und ins Knappschafts-Krankenhaus in Eisenerz eingeliefert worden. Wegen eines manischen Zustandes wurde er dann in die Neurologisch-Psychiatrische Klinik der Universität Graz verlegt. Im September 1942 erhielt das Arbeitsamt Graz ein Schreiben der Klinik, in dem mitgeteilt wurde, dass der Patient Alexic P. als gesund entlassen wurde und arbeitsfähig sei. Auszug aus dem Brief: »In der Klinik gab der Patient an, dass er seit drei Monaten an einer Starkstromleitung arbeite und seit der Zeit, da er an einem Maste arbeiten müsse, Angstzustände habe. Er glaube, es treffe ihn der Strom und er müsse am Maste kleben bleiben. In Eisenerz sei er 2 Tage bewusstlos und unruhig gewesen, könne sich jedoch selbst an den Zustand nicht erinnern.« Der behandelnde Arzt Dr. Mayr gab an, dass es sich um eine psychogene Reaktionsweise handle, eine echte Psychose aber nicht gefunden werden konnte.

Ein anderer Fall betraf den griechischen Arbeiter »Georg« A. Er war ebenfalls bei Mastanstreicherarbeiten eingesetzt. Sein Aufgabenbereich war das Herstellen und Vorbereiten der Farben. Im Oktober 1943 war er nach einer Untersuchung des Betriebsarztes Dr. Rothmayer wegen andauernder Krankheit von der Betriebsleitung Ernosthfen entlassen und dem Arbeitsamt St. Valentin überstellt worden mit der Bitte, ihn in seine Heimat zurückzusenden. Das Arbeitsamt verweigerte die Rücknahme und unterzog den Arbeiter einer eigenen vertrauensärztlichen Untersuchung. Ergebnis war, dass das Arbeitsamt »Georg« A. für seine Arbeit in Ernosthfen einsatzfähig erklärte und zurückschickte.

Selbst wenn nachweisbar war, dass Arbeiter den Anforderungen nicht gewachsen waren, hatten sie oft keine Chance, einem anderen Arbeitsplatz zugewiesen zu werden. Der einwandfreie Betrieb in Ernosthfen war zu wichtig, um auf Arbeiter verzichten zu können, Arbeitskräfte knapp. Immer wieder wurden Arbeiter für die schwere Arbeit als ungeeignet qualifiziert. Aber nicht immer wurde vom Arbeitsamt dem Wunsch der Betriebsleitung Ernosthfen stattgegeben, den jeweiligen Arbeiter gegen einen anderen Arbeiter auszutauschen. Die Arbeitsämter organisierten die Arbeitseinsätze, ohne Rücksicht auf einzelne Fälle. Die meisten Unfälle waren Brandwunden, Quetschwunden, Prellungen und Brüche. Gründe für Krankenstände waren häufig Durchfall oder Grippe. In vielen Fällen lässt sich die Ursache aber nicht mehr feststellen.

Soweit in den Unterlagen vorhanden, ist ein Todesfall dokumentiert. Der 21-jährige Pole Kasimir M. verstarb im Krankenhaus Steyr an Bauchtyphus.

Man muss ganz klar sagen, dass die Situation für die ausländischen Arbeiter in Ernosthfen anders war als in den meisten Betrieben. Das hatte auch mit der strategischen Bedeutung Ernosthofens zu tun. Zwar lässt sich an der Arbeiterstruktur erkennen, dass die Männer keineswegs aus artverwandten Berufen kamen, also keine spezifische Ausbildung

für die Arbeiten hatten. Zudem waren sie meist sehr jung und daher auch körperlich den Anstrengungen nicht gewachsen. Aber Ernsthofen war auf ihren Einsatz angewiesen. Angewiesen auch darauf, dass die Arbeiter keine Gefahr für die Sicherheit des Betriebes darstellten. Über Widerstandsgruppen oder Sabotageakte ist nichts bekannt. Schon kleinere Sabotageakte, z. B. an den Freileitungen, hätten große Auswirkungen gehabt. Es lag durchaus im Interesse der Werksleitung, solches zu unterbinden. Vielleicht verhinderten häufige Arbeitsplatzwechsel den Aufbau irgendwelcher Widerstandsstrukturen. Wir wissen, dass Versetzungen zu anderen Baustellen, hier insbesondere nach Schwabeck, auch als Strafmaßnahmen eingesetzt wurden. Unliebsame Arbeiter versuchte die Betriebsleitung loszuwerden, für Ausländer, die gut arbeiteten oder das Vertrauen der Vorarbeiter genossen, setzten sich die Vorgesetzten ein, z. B. um einen Arbeitsplatzwechsel zu verhindern. Das ging sogar so weit, dass zu ihren Gunsten beim AEW-Büro in Wien interveniert wurde, als es darum ging, den Arbeitern nach Kriegsende bei der Heimkehr zu helfen oder sie weiterhin im Betrieb zu behalten. Allerdings betraf das nur vereinzelte Fälle.

## UNTERBRINGUNG UND AUSSTATTUNG

Neben der bereits angesprochenen Schwierigkeit, die Arbeiter, ihrer schweren Arbeit entsprechend, mit Lebensmitteln zu versorgen, traten auch Engpässe bei der Unterbringung auf. Den Werksbediensteten standen entweder Dienstwohnungen in eigenen Werksgebäuden zur Verfügung, oder sie wurden in der Umgebung in Gasthöfen und privaten Unterkünften untergebracht. Ein Teil der ausländischen Arbeitskräfte wurde in einem angemieteten Kaufhausmagazin der Fa. Panholzer untergebracht.<sup>36</sup> Die Unterbringung erwies sich aufgrund des ständig wachsenden Arbeiterstandes als äußerst schwierig. Schon im ersten Jahr, nachdem Ernsthofen in Betrieb gegangen war, war die Unterbringungskapazität erschöpft.

Neben dem Wohnraumangel fehlte es v. a. an Einrichtungsgegenständen. Um diese zu erhalten, musste eine Anfrage an das zuständige Wirtschaftsamt in Amstetten gerichtet werden, das dann über die Gewährung eines Bezugsscheines für die benötigten Gegenstände entschied. Ob ein solcher ausgestellt wurde oder nicht, hing nicht zuletzt damit zusammen, ob die Sachen für ausländische oder deutsche Arbeitnehmer gedacht waren. Aber selbst die gewährten Bezugsscheine garantierten noch nicht den Erhalt der angeforderten Gegenstände. Die Betriebsleitung Ernsthofen bat um die Zusendung von Schränken, Stahlrohrbetten, Matratzen und Bettzeug, da die Arbeiter gezwungen wären, auf dem Fußboden zu schlafen. Das Wirtschaftsamt Amstetten teilte mit, dass Matratzen

---

<sup>36</sup> Vgl. Kohleanforderung an den Landrat des Kreises Amstetten von Ernsthofen vom 29.12.1942, in: Ordner ein- und ausgehende Post 1942, Ernsthofen-Archiv.

und Leintücher an Betriebe nicht ausgefolgt werden dürften, sondern nur Decken, und die übrigen angeforderten Gegenstände zur Zeit nicht verfügbar wären. Außerdem verlangte sie eine Auflistung jener Personen, die diese Gegenstände erhalten sollten, inklusive der Mitteilung, ob es sich um Ausländer oder Gefangene handelte.<sup>37</sup> Aber auch die Angestellten hatten zeitweise unter kriegsbedingtem Mangel zu leiden. So standen bei der Inbetriebnahme Ernthofens teilweise statt Matratzen nur mit Holzwolle gefüllte Papiersäcke zur Verfügung.<sup>38</sup> Allerdings hatten die Bedürfnisse der Inländer grundsätzlich Vorrang, bei Zuteilungen wurden sie daher zuerst bedacht.

Neben der Ausstattung der Unterkünfte war die Ausrüstung der einzelnen Arbeiter besonders wichtig. Mangelhafte Ausrüstung konnte schwerwiegende Folgen haben. Gab es ungenügendes Schuhwerk oder minderwertige Kleidung, konnte dies bei den schweren Arbeiten bei jedem Wetter Erkrankungen zur Folge haben. Arbeiter, die nicht mehr einsatzfähig waren, riskierten im günstigsten Fall nach Hause geschickt zu werden. Je länger der Krieg dauerte, desto schwieriger war die Beschaffung der benötigten Arbeitsutensilien. Immer wieder tauchen diese Schwierigkeiten in den Korrespondenzen zwischen der Betriebsleitung Ernthofen, der AEW Wien, dem Wirtschaftsamt, dem Arbeitsamt und anderen Stellen auf. Zeitweise war die Lage so katastrophal, dass dies auch offen ausgesprochen wurde, wie in einem Brief von der Bauleitung Heiligenstadt an die Elin- und Schorch-Werke AG, Baubüro Amstetten, in dem es um ein Kontingent an Textilien für ausländische Arbeitskräfte ging. Darauf hinweisend, dass die gelieferte Menge an Waren so gering wäre, dass der Bedarf nicht annähernd gedeckt werden könne, sei daher nur eine gleichmäßige Verteilung an alle Baufirmen möglich, ungeachtet der Anforderung.<sup>39</sup> Dass die Versorgung mit Schuhen ebenfalls problematisch war, lässt sich daran erkennen, dass die ausländischen Arbeiter teilweise nur mit Holzsandalen ausgestattet waren, unabhängig von der Jahreszeit.<sup>40</sup>

## ARBEITSPLATZWECHSEL UND ENTLASSUNGSGRÜNDE

Häufig kam es vor, dass die Arbeiter von einer Baustelle zur anderen, von Ernthofen an diverse Kraftwerksbaustellen, Umspannwerke und wieder retour geschickt wurden, oder umgekehrt, Arbeiter Ernthofen zur Verfügung gestellt wurden, wie z. B. vom Enns-

37 Vgl. Brief an das Wirtschaftsamt Amstetten von der Betriebsleitung Ernthofen, vom 14.8.1942 und Retourbrief vom 20.8.1942, in: Ordner Ein- und ausgehende Post 1942, Ernthofen-Archiv.

38 Vgl. Brief an die AEW Wien von Ernthofen, betreffend Materialbeschaffung und Verwaltungsfragen, vom 15.11.1941, in: Ordner Ein- und ausgehende Post 1942, Ernthofen-Archiv.

39 Vgl. Brief an die Elin- und Schorch-Werke AG, Baubüro Amstetten von der Bauleitung Heiligenstadt, vom 3.10.1944, in: Ordner Allgemeiner Briefwechsel 1943–47, Ernthofen-Archiv.

40 Vgl. Brief an die Gemeinde Lavamünd von der Betriebsleitung Schwabeck, vom 7.10.1943, in: Ordner A-E, I.11.42–31.10.43 (inkl. Lohn- und Gehaltslisten), Schwabeck-Archiv.



kraftwerk Mühlradung im August 1944.<sup>41</sup> Vor allem die Baustelle des Kraftwerkes Schwabeck war dabei häufigster Zielort der Versetzung. Unabhängig von beschäftigungsökonomischen Zwängen, scheinen Versetzungen nach Schwabeck seit Anfang 1943 nur dann vorgenommen worden zu sein, wenn es sich um »hochwertiges Personal« oder um Strafversetzungen gehandelt hatte.<sup>42</sup>

All diese Versetzungen wurden entweder betriebsintern oder über das jeweilig zuständige Arbeitsamt geregelt. Die betriebsinternen Versetzungen mussten allerdings auch mit dem Arbeitsamt abgesprochen werden, denn es konnte vorkommen, dass das Arbeitsamt die Arbeiter wieder zurückforderte, wenn ein Arbeitsplatzwechsel nicht mit ihm abgesprochen wurde. Diese Stellenwechsel brachten einen erheblichen bürokratischen Aufwand mit sich. Lebensmittelkarten, Krankenmeldungen, Bezugsscheine und Ähnliches mussten storniert, geändert und neu ausgegeben werden. Dabei kam es auch vor, dass Bezugsscheine oder Gegenstände mitgenommen wurden und vom alten Arbeitgeber wieder zurückgefordert werden mussten. So dokumentiert ein Briefwechsel zwischen dem Kraftwerk Schwabeck und der Neusiedler A.G. für Papierfabrikation aus Weißenbach an der Enns die Schwierigkeiten, die auftreten konnten. 10 Ostarbeiter, die von Schwabeck nach Weißenbach versetzt worden waren, hatten die zu Schwabeck gehörende Arbeitskleidung mitgenommen. Daraufhin versuchte die Betriebsleitung, vom neuen Arbeitgeber als Ersatz Bezugsscheine für neue Arbeitskleidung sowie eine finanzielle Entschädigung zu erhalten. Die Arbeitskleidung selbst konnte nicht zurückgefordert werden, da die Ostarbeiter mangels anderer Bekleidung nur diese Schlosseranzüge zur Verfügung hatten.<sup>43</sup>

Ebenso kam es vor, dass Arbeiter von einer betriebsfremden Firma zu Arbeiten in Ernsthofen herangezogen wurden. In diesem Fall wurden sie als werkseigene Arbeiter angemeldet, damit sie im Falle eines Unfalls über die eigene Berufsgenossenschaft versichert waren.<sup>44</sup> Es kam auch zur Vermittlung betriebseigenen Personals an Firmen anderer Branchen. So sollten im März 1943 6 griechische Arbeiter, die vom Arbeitsamt Steyr der Anstreicherpartie zugewiesen worden waren, von Schwabeck wieder zurück an das

41 Vgl. Abrechnung Ernsthofen-Kraftwerke Oberdonau AG, 16.3.1945, in: Ordner Allgemeiner Briefwechsel 1943–1947, Ernsthofen-Archiv.

42 Vgl. Brief von der Betriebsleitung Ernsthofen an das Arbeitsamt Amstetten, Nebenstelle St. Valentin, betreffend Versetzung von Arbeitskräften, vom 12.12.1944, in: Ordner Briefwechsel mit Arbeitsämtern, Ernsthofen-Archiv.

43 Vgl. Anforderungsbrief an die Fa. Neusiedler A.G. für Papierfabrikation in Weißenbach a.d. Enns, von der AEW, vom 15.6.1943, in: Ordner Allgemeine Betriebsangelegenheiten, Ernsthofen-Archiv.

44 Vgl. Brief an die Fa. Louis Eilers, Fabrik für Eisenhoch- u. Brückenbau, Hannover, von der AEW Wien, vom 14.12.1943, in: Ordner Allgemeine Betriebsangelegenheiten 1942–44; vgl. Brief an die AEW Wien von der Betriebsleitung Ernsthofen, vom 9.3.1943, in: Ordner: Personalien 1943–1944; vgl. Brief an Ernsthofen von den Reichswerken Hermann Göring, Gefolgschaftsstelle Steyr, vom 16.7.1942, in: Ordner ein- und ausgehende Post 1942, Ernsthofen-Archiv.

Arbeitsamt geschickt werden. Diese Arbeiter, die wieder bei einer Anstreicherpartie eingesetzt werden sollten, konnten aus Platzmangel in der Zwischenzeit nicht in Ernsthofen untergebracht werden und wurden den Hermann-Göring-Werken in Steyr bis auf Abruf zur Verfügung gestellt. Dort sollten sie untergebracht und eingesetzt werden.<sup>45</sup>

Die folgende Aufstellung gewährt einen guten Überblick über die unterschiedlichen Gründe, warum die eingesetzten Arbeiter entlassen wurden. Nicht enthalten sind die häufigen Arbeitsplatzwechsel, wenn die Arbeiter wieder nach Ernsthofen zurückkehrten. Abgesehen davon, dass in vielen Fällen der Entlassungsgrund nicht eruiert werden konnte, fällt auf, dass eine hohe Zahl nach Schwabeck versetzt wurde. Bei einem Drittel wissen wir nicht, wann sie überstellt wurden; da alle, deren Daten vorhanden sind, zwischen August und Dezember 1942 von Ernsthofen Richtung Schwabeck abgezogen wurden, wäre es möglich, dass auch die anderen in diesem Zeitraum ihren Arbeitsplatz wechselten. Auffallend ist auch, dass die weitaus größte Zahl, nämlich 10, am 23. bzw. 24.12.1942 Ernsthofen verließen. Wieso gerade Weihnachten als Tag der Abreise gewählt wurde, ist aus den Unterlagen nicht ersichtlich. Ein Grund könnte sein, dass die Arbeiten an den Weihnachtsfeiertagen nur in reduziertem Ausmaß durchgeführt wurden und die Betriebsleitung bewusst Feiertage wählte, um Arbeitsplatzwechsel vorzunehmen – um möglichst wenig an produktiver Arbeitszeit einzubüßen. Es gab hier also offensichtlich keine Rücksicht auf religiöse oder emotionale Gefühle der ausländischen Arbeiter, die Leistungsfähigkeit hatte Vorrang.

In den Unterlagen finden sich Hinweise auf Urlaubsansprüche. Nicht alle, die einen Anspruch hatten, haben ihren Urlaub aber auch angetreten. Viele nützten ihren Urlaub, um nach Hause zu fahren, manche in organisierten Transporten. So hatten z. B. serbische Arbeiter, die im Sommer 1943 auf Heimaturlaub fahren wollten, die Möglichkeit, mit einem von der DAF organisierten Zug über Wien Ostbahnhof in ihre Heimat zu fahren. Je länger der Krieg dauerte, desto schwieriger wurden aber diese Fahrten, vielfach war ein Heimaturlaub nicht mehr möglich, weil es an Transportmitteln fehlte, weil die Front dazwischen lag oder Arbeiter nicht mehr entbehrt werden konnten. Immer wieder kam es auch vor, dass Arbeiter ihren Urlaub dazu nützten, sich vom Betrieb abzusetzen und nicht mehr zurückkehrten. Diese Fälle mussten dem Arbeitsamt gemeldet werden. Die Arbeiter wurden wegen Arbeitsvertragsbruch gekündigt und mussten mit Anzeigen rechnen. Wurde einer gefasst, bedeutete dies Gefängnis, Arbeitserziehungslager oder einen neuerlichen zwangsweisen Arbeitseinsatz. Trotzdem riskierten immer wieder Fremdarbeiter diesen Weg. Viele, die noch mit Arbeitsverträgen ausgestattet ihren Arbeitseinsatz begonnen hatten und deren Vertrag zeitlich begrenzt war, fanden sich mit dem Fortschreiten des Krieges in der Zwangssituation wieder, dass ihre Verträge von Seiten der NS-Behörden nicht eingehalten wurden. Um der Knappheit an Arbeitskräften

---

<sup>45</sup> Vgl. Brief an die AEW Wien von der Betriebsleitung Ernsthofen, vom 9. 3. 1943, in: Ordner: Personalien 1943–1944, Ernsthofen-Archiv.

entgegenzuwirken, wurden ursprünglich freiwillig geschlossene Arbeitsverträge ignoriert und die Arbeiter zwangsweise zur Arbeit eingeteilt. Die Sorge um ihre Familie in den Heimatländern, ein diskriminierender Alltag, rassistische Gesetze und unfreiwillige Arbeitsverpflichtungen mögen dazu beigetragen haben, dass Zwangsarbeiter Urlaube dazu nutzten, um sich abzusetzen. Bei den in Ernsthofen eingesetzten Arbeitern haben wir bei vier Männern diese Rechtfertigung als Entlassungsgrund.

Unter dem Punkt »Heimat« als Entlassungsgrund muss beachtet werden, dass die meisten davon am 9. Mai 1945, dem Tag des Kriegsendes, entlassen wurden und in ihre Heimat zurückkehren konnten. Es gab für die ausländischen Arbeiter keine Möglichkeit, das Arbeitsverhältnis von sich aus zu lösen, denn sie bestimmten nicht selbst über ihr Schicksal. Erst das Ende des Krieges beendete ihr Arbeitsverhältnis.

#### Entlassungsgründe

unbekannt	28
AA St. Valentin	1
abgängig	1
andauernde Krankheit	8
anderes Dienstverhältnis	2
Arbeitsvertragsbruch	3
Arbeitsvertragsbruch, vom Urlaub nicht zurückgekehrt	4
blieb nach Kriegsende	3
Heimat	21
Tod	1
Verhaftung	1
Südostwallbau	1
Schwabeck	24
Kaprun	1
Umspannwerk Pottenbrunn	1

100

Seit Herbst 1944 kam es zur zwangsweisen Einziehung von Arbeitern zum Südostwallbau. Von den im Umspannwerk Ernsthofen eingesetzten ausländischen Arbeitern wurden immer wieder Männer abgestellt – trotz Protesten durch die Betriebsleitung. In der Statistik steht unter »Südostwallbau« nur ein Arbeiter, das liegt daran, dass einer nicht zurückgekehrt war, während die anderen zurückgeschickt worden waren. Ernsthofen litt wie viele Betriebe damals ständig unter Personalmangel. Neben dem normalen Arbeitsalltag kam dem Störtrupp für die Leitungen eine immer größere Bedeutung zu. Waren nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden, konnte keine reibungslose Energieübermittlung garantiert werden. In dieser Situation versuchte die Betriebsleitung daher vom zuständigen

Ortsgruppenleiter, der die Einziehung durchführte, eine Garantie dafür zu erhalten, dass im Notfall andere Arbeiter zur Verfügung gestellt würden. Als dies erfolglos war, beklagte sich die Betriebsleitung beim AEW-Büro in Wien, da sie sich übergangen fühlte und der Arbeiterabzug ihrer Meinung nach ungerechtfertigt erfolgte. Statt die ortsansässige Bevölkerung oder Bauern aus der Umgebung zu holen, würde der Ortsgruppenleiter den leichtesten Weg gehen und die Arbeiter aus dem Umspannwerk abziehen.<sup>46</sup>

Mit folgenden Firmen betrieb die AEW als Bauträger Arbeiteraustausch und arbeitete zusammen:

Alpine Montanbetriebe »Hermann Göring«  
 Fa. Birkle & Thomer  
 Brown-Boveri-Werke AG  
 Baufirma Daniek & Schrittwieser  
 Fa. Drössler  
 Fa. Louis Eislers, Fabrik für Eisenhoch- und Brückenbau  
 Elin und Schorchwerke AG  
 Felten & Guillaume  
 Fa. Hilscher & Hanseli  
 Philipp Holzmann AG  
 Bauunternehmung Huberti & Co  
 Fa. Mix & Genest  
 Nibelungenwerk in St. Valentin (Steyr-Daimler-Puch-Werk)  
 Fa. Rella & Co.  
 Fa. Siemens & Halske AG  
 Fa. Slewitzki  
 Baugesellschaft Universale Hoch- und Tiefbau AG  
 Westmährische Elektrizitäts AG, Brünn

## AUSLÄNDISCHE ARBEITER

Wie viele ausländische Arbeitskräfte tatsächlich eingesetzt waren, lässt sich aufgrund der unvollständigen Aktenlage nicht feststellen. Gerade die im Leitungsbau eingesetzten Arbeiter wechselten häufig ihren Arbeitseinsatzort und wurden, wie schon erwähnt, an andere Baustellen versetzt oder an betriebsinterne oder betriebsfremde Firmen ausgeliehen. Es gibt Hinweise darauf, dass die Zahl weit höher lag, als in dieser Arbeit dokumentiert ist. Folgende Hinweise lassen dies erkennen. In einem Brief, datiert mit Ende 1942,

<sup>46</sup> Vgl. Brief an die AEW Wien von der Betriebsleitung Ernsthofen vom 8.11.1944, betreffend Abzug von Arbeitskräften für den Südostwallbau, in: Ordner Personalien 1943–44, Ernsthofen-Archiv.

werden 70 Italiener erwähnt, die neben anderen ausländischen Arbeitern eingesetzt waren,<sup>47</sup> während nur die Namen und Daten von zwei Italienern bekannt sind. In einem Begleitschreiben vom August 1943 an die Betriebsleitung Ernsthofen teilt das AEW-Büro mit, dass es Urlaubsscheine für 20 Serben geschickt hat,<sup>48</sup> auch hier eine weit höhere Zahl als aus den Dokumenten konkret ersichtlich. Für manche Zeitabschnitte ist eine exakte Belegung mit ausländischen Arbeitskräften, die in Ernsthofen direkt eingesetzt waren, möglich. In einem Brief an das Arbeitsamt vom 20. 12. 1944 wird ein Stand von 10 Angestellten und 32 in- und ausländischen Arbeitern angegeben.<sup>49</sup> Eine Liste vom Jänner 1945 erwähnt 28 Ausländer, in der Mehrheit Polen und Ostarbeiter.<sup>50</sup> Diese Zahlen sagen aber nichts über die im Leitungsbau Beschäftigten aus, da sie nur die im Umspannwerk Ernsthofen eingesetzten Arbeiter berücksichtigen.

#### Nationalitäten in Ernsthofen

Bulgare	4	4 %
Bulgare/Griechen	1	1 %
Franzose	7	7 %
Franzose, Kroatien	1	1 %
Griechen	10	10 %
Holländer	1	1 %
Italiener	2	2 %
Kroatien	3	3 %
Kroatien, Serben	7	7 %
Ostarbeiter	20	20 %
Polen	30	30 %
Rumänen	1	1 %
Serben	1	1 %
Slowake	1	1 %
Tschechen	2	2 %
Ukrainer	2	2 %
ungeklärt	7	7 %
	100	100 %

47 Vgl. Brief der Elektrowerke AG, Berlin an AEW, Lastenverteiler Ernsthofen, betreffend Restlohn und Bankquittung des italienischen Arbeiters Albero Carmine, 10.12.1942, in: Ernsthofen-Archiv, Ordner: Ein- und ausgehende Post 1942.

48 Vgl. Begleitschreiben AEW Wien an Betriebsleitung Ernsthofen, vom 17.8.1943, in: Ordner Personalien 1943–44, Ernsthofen-Archiv.

49 Vgl. Brief an das Arbeitsamt, Nebenstelle St. Valentin, von der Betriebsleitung Ernsthofen, betreffend 30%ige Abgabe von Verwaltungspersonal, vom 20.12.1944, in: Ordner Personalien 1943–1944.

50 Vgl. Liste für den Kommandeur der Sicherheitspolizei in Wien, Außenstelle St. Pölten, von der Betriebsleitung Ernsthofen, vom 26.1.1945, in: Allgemeiner Briefwechsel 1943–47, Ernsthofen-Archiv.

## Geburtsjahrgänge

unbekannt	13	1911–1920	24
1889–1899	6	1921–1930	41
1900–1910	16		

Auffallend ist, wie jung die meisten ausländischen Arbeitskräfte waren. Von den 100 erfassten Personalien waren 16 unter 20 Jahre. Der polnische Jugendliche Nikova J. war erst 15 Jahre, Peter M. sogar erst 13, als sie vom Arbeitsamt Liezen zur AEW kamen. Beide wurden dem Freileitungsbau zugeteilt, später nach Schwabeck versetzt, von wo aus sie 1943 zur Neusiedler AG in Weißenbach an der Enns kamen.

## KRIEGSGEFANGENE

Ob in Ernthofen Kriegsgefangene eingesetzt waren, lässt sich aus den vorhandenen Unterlagen nicht erkennen. Aber es gibt ein Schreiben der AEW Wien vom Juli 1943 an die Betriebsleitung Ernthofen, in dem festgestellt wurde, dass aufgrund des Abzuges kriegsgefangener Fachkräfte aus Anlagen der Elektrizitätsversorgung Schwierigkeiten bei den Kraftwerken aufgetreten sind, da keine geeigneten Ersatzkräfte bereitgestellt wurden. Die AEW ordnete daher an, dass künftig im Rahmen der Beurlaubungsaktion »Aufbau« die in Elektrizitätsbetrieben als Fach- oder angelernte Kräfte eingesetzten französischen Kriegsgefangenen nur freizustellen seien, wenn Ersatzkräfte zur Verfügung stünden.<sup>51</sup>

Gleichwohl gibt es einen Hinweis auf Gefangene im Umspannwerk Pottenbrunn. In einer Aktennotiz aus dem Jahre 1941, in dem es um die Sicherheit der Schaltanlage ging, wird erwähnt, dass es auf dem Umspannwerksgelände eine Gefangenenbaracke gibt, in der ein Hilfspolizist von Seiten der Wehrmacht zur Sicherung der Anlage untergebracht werden sollte.<sup>52</sup> Ob es sich hierbei um Kriegsgefangene handelt, ist nicht ganz klar, kann aber vermutet werden, da die Wehrmacht nur dann zur Gefangenenbewachung eingesetzt wurde, wenn es sich um Kriegsgefangene handelte.

51 Vgl. Brief an die Betriebsleitung Ernthofen von der AEW Wien, betreffend Einsatz von Kriegsgefangenen in Kraftwerken der öffentlichen Elektrizitätsversorgung, vom 9.7.1943, in: Ordner Allgemeine Betriebsangelegenheiten 1942–44, Ernthofen-Archiv.

52 Vgl. Aktennotiz Nr. 303 vom 23.10.1941, betreffend Umspannwerk Pottenbrunn, In: Allgemeine Betriebsangelegenheiten 1924–44, Ernthofen-Archiv.

Durchschnittliche Arbeitsdauer betrug 10 Monate 25 Tage (errechnet aus der Projektdatenbank).

Eintrittsdatum			
Dez. 41	1	Jan. 43	1
Jan. 42	2	Febr 43	2
Apr. 42	4	Apr. 43	1
Mai 42	5	Juli 43	1
Juni 42	7	Sept. 43	3
Juli 42	1	Jan. 44	2
Aug. 42	9	Aug. 44	4
Sep. 42	3	Sept. 44	3
Okt. 42	7	Okt. 44	9
Nov. 42	4	Jan. 45	1
Dez. 42	3	März 45	1
			74

Entlassungsdatum			
Apr. 42	1		
Juni 42	1		
Juli 42	1		
Aug. 42	4	Jan. 44	1
Sept. 42	2	Feb. 44	2
Nov. 42	4	Jun. 44	1
Dez. 42	13	Sept. 44	1
Jan. 43	3	Okt. 44	1
Feb. 43	1	Jan. 45	1
März 43	1	Feb. 45	2
Apr. 43	2	Apr. 45	9
Juli 43	2	Mai 45	12
Sept. 43	1	Okt. 45	2
Okt. 43	2	Apr. 46	1
Nov. 43	1	Mai 46	1
Dez. 43	1		74

## ENDE DES KRIEGES

Aus einer Namensliste der Betriebsleitung Ernsthofen ist ersichtlich, welche Mitarbeiter eine NS-Tätigkeit aufwiesen, ob sie verhaftet, entlassen oder im Dienst belassen werden sollten. Von den 72 Namen (inklusive Frauen und Lehrlinge), die zumindest zeitweise

zwischen 1942 und 1945 in Ernsthofen gearbeitet hatten, ist bei 2 Mitarbeitern ein Hinweis, dass sie bei der NSDAP oder deren angeschlossenen Verbänden waren. Einer davon auch bei der SA. Keiner sollte deswegen entlassen und alle im Dienst belassen werden.<sup>53</sup> Gerhard H. war am 31. 10. 45 in Durchführung des Wirtschaftssäuberungsgesetzes entlassen worden. Für seinen Wiedereintritt setzten sich mehrere Kollegen schriftlich ein mit der Begründung, dass der Betroffene sich »weder nazipolitisch noch antiösterreichisch« betätigt hatte. Der Arbeitsausschuss stimmte dann Anfang 1946 einer Wiedereinstellung zu und H. wurde am 23. 1. 1946 wieder eingestellt, allerdings als Arbeiter und Stundenlöhner im Betriebsdienst.<sup>54</sup>

Auch einige wenige ausländische Arbeiter blieben nach Kriegsende weiterhin in Ernsthofen. Das war ein durchaus wechselseitiger Wunsch. Die Betriebsleitung unterstützte das, wenn sie sich Vorteile davon versprach. So nutzten sie die Sprachkenntnisse, wie im Falle von Michael B., um sich mit den sowjetischen Behörden zu verständigen. Als Gegenleistung unterstützte die Betriebsleitung ein Ansuchen B.s, als er um eine Trennungszulage beim AEW-Büro in Wien ansuchte. In einem Brief an das Wiener Büro bat die Betriebsleitung ihm entgegenzukommen und erklärt dies damit, dass B. mehrmals erfolgreich bei den sowjetischen Besatzungstruppen interveniert hatte, um etwaige Beschlagnahmungen zu verhindern und dringend erforderliche Materialien zu erhalten.<sup>55</sup>

Nicht alle, die mit Kriegsende ihr Arbeitsverhältnis gelöst hatten, wollten oder konnten nach Hause zurückkehren. Vor allem jene aus osteuropäischen Ländern zogen ein Flüchtlingsdasein einer Rückkehr in die unter sowjetischem Einfluss stehenden Länder vor. Viele wurden zu »Displaced Persons«, zu »versetzten Personen« – Heimatlosen. In einem Fall gibt es einen direkten Hinweis. Der Pole Marian M., seit April 1942 in Ernsthofen, wurde im Februar 1947 im Displaced-Persons-Lager »Magdalen« bei Villach gesehen. Nicht alle hatten das Glück, als eine Displaced Person in einem Lager der Westalliierten Unterschlupf zu finden. Josef Z., ebenfalls aus Polen, musste nach einer Verfügung der russischen Grenzbehörde am 13. 10. 45 in seine Heimat zurückkehren.<sup>56</sup> Über das weitere Schicksal der in Ernsthofen eingesetzt gewesenen ausländischen Arbeiter ist nichts bekannt. Wie viele zu ihren Familien zurückkehren konnten, ist ebenso ungewiss wie die Frage, wie viele als vermeintliche Kollaborateure in sowjetischen La-

53 Vgl. Namensliste der Betriebsleitung Ernsthofen, Jahr unbekannt, in: Ordner Personalien 1945–47, Ernsthofen-Archiv.

54 Vgl. Brief an das Landesarbeitsamt Niederösterreich von der AEW, vom 1.3.1946, betreffend die Durchführung des Wirtschaftssäuberungsgesetzes im Umspannwerk Ernsthofen, und: Brief an die Betriebsleitung des Umspannwerk Ernsthofen vom Betriebsrat und Gefolgschaftsmitgliedern, vom 18.12.1945, beides in: Ordner Personalien 1945–47, Ernsthofen-Archiv.

55 Vgl. Brief an die AEW von der Betriebsleitung Ernsthofen, vom 25.10.1945, betreffend Personalien und Wohnungsfrage, in: Ordner Personalien 1945–47, Ernsthofen-Archiv.

56 Vgl. Brief an die AEW Wien von der Betriebsleitung Ernsthofen, vom 3.11.1945, betreffend Personalien Bahnhöfer, Klanner, Gneiger, in: Ordner Personalien 1945–47, Ernsthofen-Archiv.



gern gelandet waren. Wie man seit der näheren Beschäftigung mit dem Schicksal der ehemaligen Zwangsarbeiter weiß, haben viele ehemalige Betroffene zu Hause nichts von ihren Erlebnissen erzählt. Aus Angst, aus Schmerz, aus dem Wunsch zu vergessen, in der Nachkriegszeit waren diese Geschichten nicht erwünscht – weder in den Ländern der ehemaligen Zwangsarbeiter noch in den Ländern der ehemaligen Täter.

Für den Weiterbetrieb Ernsthofens stellten nach dem Krieg gerade die Leitungszüge ein Problem dar. So lagen manche Abschnitte in mehr als nur einer alliierten Zone. Um die Arbeiten an den Leitungsnetzen aufrechterhalten zu können, waren die Erlaubnis der jeweiligen alliierten Besatzungsmacht für die notwendigen Überschreitungen der Demarkationslinien notwendig. So kreuzte z. B. der Abschnitt Ernsthofen–Altenmarkt der Fernleitung Ernsthofen–Steyr–Altenmarkt–Hessenberg die amerikanische bzw. britische Zone 6-mal.<sup>57</sup> Aber auch der Standort Ernsthofen, an der Grenze Niederösterreich/Oberösterreich, musste mit diesen Schwierigkeiten kämpfen. Niederösterreich gehörte zur sowjetischen, Oberösterreich zur amerikanischen Zone. Gerade in der Anfangszeit hatten manche Mitarbeiter das Problem, ihren Arbeitsplatz in Ernsthofen nicht erreichen zu können, weil die Zonengrenzen gesperrt waren. Allen Schwierigkeiten zum Trotz konnte Ernsthofen seine Tätigkeit auch in der Zeit 1945 bis 1955 ohne Unterbrechungen fortführen. War der Bau eines Umspannwerkes am Standort Ernsthofen entstanden, um den Bedürfnissen eines großdeutschen Verbundnetzes gerecht zu werden, so brachte er für die Energiewirtschaft auch langfristig gesehen große Vorteile. Die Zweite Republik profitierte – auch hier – von den Planungen und Durchführungen der Kriegswirtschaft.

---

57 Vgl. Brief an die Bezirkshauptmannschaft Amstetten von der Betriebsleitung Ernsthofen, vom 24.10.1945, betreffend Dauerausweise für Demarkationslinienüberschreitungen, in: Ordner Allgemeiner Briefwechsel 1943–47, Ernsthofen-Archiv.



OLIVER RATHKOLB, MARIA WIRTH,  
MICHAEL WLADIKA

**DIE „REICHSFORSTE“ IN  
ÖSTERREICH 1938–1945**

ARISIERUNG, RESTITUTION, ZWANGS-  
ARBEIT UND ENTNAZIFIZIERUNGSTUDIE  
IM AUFTRAG DER ÖSTERREICHISCHEN  
BUNDESFORSTE

Im Zentrum stehen Forschungen mit umfangreichen neuen Quellen zur Geschichte der „Reichsforste“ während der NS-Zeit in Österreich: Erstens die internen Karriereverläufe der leitenden und mittleren Ebene der Reichsforstverwaltung unter Berücksichtigung von Widerstand und politischer Maßregelung bzw. der Entnazifizierung nach 1945. Schwergewicht wird auf die Interpretation der personellen (Dis-) Kontinuitäten 1938–1945 ff gelegt.

Im Kapitel „Arisierung“ und Restitution von Liegenschaften konnten sowohl Umfang als auch Einzelfälle des Entzugs von Grundstücken und Immobilien durch die Reichsforste rekonstruiert und eine Bestandsaufnahme der Restitutionspolitik vorgelegt werden.

Im dritten Teil erfolgt eine Bewertung des Einsatzes von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in Betrieben der Reichsforste.

2010. 407 S. 21 S/W-ABB. UND 14 TAB. GB. MIT SU. 170 X 240 MM.  
ISBN 978-3-205-78482-1

„Die VerfasserInnen legen hier eine bemerkenswerte und wichtige Studie zu einem wesentlichen Teil der österreichischen Wirtschaftsstruktur vor.“

*Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*

BÖHLAU VERLAG, WIESINGERSTRASSE 1, A-1010 WIEN, T: +43 1 330 24 27-0  
INFO@BOEHLAU-VERLAG.COM, WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM | WIEN KÖLN WEIMAR



ANNA MARIA GRÜNFELDER

**ARBEITSEINSATZ FÜR DIE  
NEUORDNUNG EUROPAS**

ZIVIL- UND ZWANGSARBEITERINNEN  
AUS JUGOSLAWIEN IN DER „OSTMARK“  
1938/41–1945

Thema dieser ersten Einzeluntersuchung sind die jugoslawischen „Fremdarbeiter“ im Deutschen Reich. Die Studie umfasst die Arbeitsemigration vor dem deutschen Angriff auf Jugoslawien und während des Zweiten Weltkrieges, wie auch die gewaltsame Rekrutierung durch Besatzer und einheimische Kollaborateure. Die Quellen dazu mussten in den Archiven der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien erst identifiziert werden. Zusätzlich wurden Überlebende des Arbeitseinsatzes in Kroatien befragt.

Das Ergebnis ist die erste Darstellung der (zumeist) gewaltsamen Umstände der Rekrutierung in Jugoslawien und ihres Einsatzes in Österreich. Dieser wird insbesondere vor dem Hintergrund des Luftkrieges und der Partisanentätigkeit in Südkärnten gewertet.

2010. 262 S. BR. 155 X 235 MM | ISBN 978-3-205-78453-1



PAUL SCHIEDER

**FRANZÖSISCHE ZWANGS-  
ARBEITER IM „REICHSEINSATZ“  
AUF DEM GEBIET DER REPUBLIK  
ÖSTERREICH**

HINTERGRÜNDE UND LEBENSWELTEN

Etwa 70.000 Franzosen – zum überwiegenden Teil Männer – wurden zwischen 1942 und 1944 zum „Reichseinsatz“ in der „Ostmark“ herangezogen, hauptsächlich in den Gauen Wien und Niederdonau, meist in Industrie- und Handwerksbetrieben. Diese Studie spürt den Erfahrungswelten dieser lange von der Forschung vernachlässigten Gruppe nach: anhand der in Frankreich veröffentlichten Erinnerungsliteratur, aber auch mithilfe von acht narrativ-biografischen Interviews. Deren Dekodierung zeigt typische Entscheidungssituationen und Handlungsspielräume, von den Hermann Göring Werken bis zu Schoeller-Bleckmann. Schwierig war für viele der „STO“ genannten Zwangsarbeiter aber auch die Rückkehr nach Frankreich, da sie lange Zeit wegen eines latenten Kollaborationsvorwurfs nicht als Opfer Anerkennung fanden.

2012. 218 S. 24 S/W-ABB. UND TAB. FRANZ. BR. 170 X 240 MM.  
ISBN 978-3-205-78672-6

BÖHLAU VERLAG, WIESINGERSTRASSE 1, A-1010 WIEN, T: +43 I 330 24 27-0  
INFO@BOEHLAU-VERLAG.COM, WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM | WIEN KÖLN WEIMAR



MARK SPOERER, FLORIAN FREUND,  
BERTRAND PERZ

**ZWANGSARBEITER UND  
ZWANGSARBEITERINNEN AUF  
DEM GEBIET DER REPUBLIK  
ÖSTERREICH 1939-1945**

ZWANGSARBEIT AUF DEM GEBIET DER  
REPUBLIK ÖSTERREICH 1

(VERÖFFENTLICHUNGEN DER ÖSTERREICHI-  
SCHEN HISTORIKERKOMMISSION, BD. 26/1)

In der vorliegenden Publikation wird im ersten Beitrag von Florian Freund und Bertrand Perz die Zahl der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939-1945 ermittelt. Im zweiten Beitrag unternimmt Mark Spoerer den Versuch einer Schätzung der bis Mitte 2000 noch lebenden Männer und Frauen, die zwischen 1939 und 1945 als Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich eingesetzt waren.

2004. 414 S. BR. 148 X 210 MM | ISBN 978-3-7029-0530-9



STEFAN KARNER, PETER BERND  
RUGGENTHALER

**ZWANGSARBEIT IN DER LAND-  
UND FORSTWIRTSCHAFT AUF  
DEM GEBIET ÖSTERREICHS 1939  
BIS 1945**

ZWANGSARBEIT AUF DEM GEBIET DER  
REPUBLIK ÖSTERREICH 2

(VERÖFFENTLICHUNGEN DER ÖSTERREICHI-  
SCHEN HISTORIKERKOMMISSION, BD. 26/2)

In der vorliegenden Publikation wird erstmals die Situation der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in der Land- und Forstwirtschaft auf dem Gebiet der Republik Österreich zwischen 1939 und 1945 untersucht. In zahlreichen lebensgeschichtlichen Interviews und Fragebogenerhebungen mit überlebenden Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen aus ganz Europa gehen die Autoren der Frage der Lebensbedingungen von Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen in der Land- und Forstwirtschaft nach.

2004. 615 S. BR. 148 X 210 MM | ISBN 978-3-7029-0532-3



ELA HORNUMG, ERNST LANGTHALER  
**ZWANGSARBEIT IN DER LAND-  
WIRTSCHAFT IN NIEDERÖSTER-  
REICH UND DEM NÖRDLICHEN  
BURGENLAND**

ZWANGSARBEIT AUF DEM GEBIET DER  
REPUBLIK ÖSTERREICH 3

(VERÖFFENTLICHUNGEN DER ÖSTERREICHI-  
SCHEN HISTORIKERKOMMISSION, BD. 26/3)

In der vorliegenden Publikation wird erst mal die Situation der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in der Landwirtschaft in Niederösterreich und dem nördlichen Burgenland untersucht. In zahlreichen lebensgeschichtlichen Interviews mit überlebenden Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen aus Russland, Ungarn aber auch zum Beispiel Frankreich gehen die AutorInnen der Frage der Lebensbedingungen von Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen in der Landwirtschaft nach.

2004. 469 S. BR. 148 X 210 MM | ISBN 978-3-7029-0533-0

Erstmals in der Literatur wird am Beispiel der alpinen Extrem-Baustelle Kaprun sowie der Kraftwerksbauten im Ennstal, in Ybbs-Persenbeug sowie der Draukraftwerke eine auf einer über 15.000 Einzelschicksale dokumentierenden Datenbank basierende Studie zur NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft vorgelegt.

*Jetzt in 2., aktualisierter Auflage*

